



Wie zahlreiche andere Basisgruppen sammelten die Johannisthaler am Weltfriedenstag Unterschriften gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Auch Schauspielerinnen Helga Piur („Häppchen“) positionierte sich. Gleichzeitig wurde für die Demo am 15. September (sh. Seite 4) geworben.
Foto: Karge

Den Schwung der neuen LINKEN nutzen

Der Sommer neigt sich dem Ende zu. Da wird es nicht nur Zeit sondern auch wieder eher möglich, den Blick auf das vor uns Liegende zu richten, was möglich ist und was nötig wird. Die Klippen der organisatorischen Parteieubildung sind sicher umschiffbar, nun gilt es, diesen Rahmen mit Inhalt und Leben zu füllen. Auf einige Erfahrungen können wir zurück blicken und vieles wird neu zu durchdenken sein.

Wenn die neue LINKE eine Partei werden will, die engagiert vor Ort in das öffentliche Geschehen eingreifen kann, in der Platz für das Nachdenken zum Übermorgen sein soll und gleichzeitig das Gestrige nicht einseitig

nur durch die (wahlweise schwarze oder rosa) Brille betrachtet wird, ist vieles zu leisten. Wir werden uns gemeinsam – und auf dieses Gemeinsame der Generationen, der Erfahrungen, der sozialen Stellung lege ich besonderen Wert – zu verständigen haben, welchen Platz die LINKE in Treptow-Köpenick einnehmen will und kann. Wir sollten uns neu darüber verständigen, wie das Leitbild unserer Partei von der Entwicklung des Bezirkes aussehen soll und mit welchem Profil wir als wesentlicher Teil darin verankert sind - verbunden mit der anstehenden Programmdebatte und verknüpft mit gestadtstädtischen Entwicklungen.

Klingt nach trockenem Stoff, ist es aber gar nicht.

In einer solchen Debatte geht es sowohl darum, welche Schwerpunkte der politischen Arbeit die nächsten Monate bis Jahre bestimmen sollen, wie es auch darum geht, wie wir diese, mit welchen Partnern und in welchen Strukturen umsetzen wollen. Der Weiterentwicklung der verschiedenen Konzepte politischer Bildungsarbeit wird dabei sicher eine Schlüsselrolle zukommen.

Viel wird zu reden sein über regionale Entwicklung, Lebensqualität in den Ortsteilen, Sicherung bzw. leider manchen Orts bereits Wiederherstellung des sozialen Zusammenhaltes oder den Platz und die Verantwortung aller Generationen für das Gemeinwesen. Hier werden wir die inhaltliche Arbeit unserer Bezirksorganisation verbreitern und vertiefen müssen.

Viel wird auch zu reden sein darüber, wie wir diese Debatten spannend über die Parteigrenze hinaus gestalten und wie wir neue Mitglieder dafür begeistern können. Dabei wird es auch darum gehen müssen, mit welchen Kommunikations- und Arbeitsformen und in welchen Organisationsstrukturen wir zukünftig wirken werden.

Nicht zuletzt werden wir alle unsere Anstrengungen verstärken müssen, das Bild unserer Partei in der Öffentlichkeit spürbarer, spannender und attraktiver zu gestalten. Das setzt transparente Information und Informiertheit aller Mitglieder, aber auch das öffentlich wirksamere Engagement unserer Funktions- und Mandatsträger voraus.

An all dem und noch viel mehr wird zu arbeiten sein: Gemeinsam und solidarisch, kraftvoll und ergebnisorientiert.

Marko Tesch

(Der Autor des Beitrages bewirbt sich auf der Hauptversammlung am 8. September um den Bezirksvorsitz.)

IN DIESER AUSGABE

Seite 3: 60 Arbeitsplätze im öffentlichen Beschäftigungssektor

Seite 5: Null Toleranz für Verfassungsfeinde

Seite 6: Mietspiegel signalisiert weitere Mietsteigerungen

Seite 7: Wenn der Computer streikt

Informationsveranstaltung gefordert

Aufregung bei Anwohnern der Müngersdorfer Straße



Über die umstrittenen Briefe des Tiefbauamtes in Sachen Müngersdorfer Straße sprach die Blättchen-Redaktion mit Udo Franzke, fachpolitischer Sprecher für Stadtentwicklung und Verkehr

Bl.: Zur Zeit sorgt bei den Anwohnerinnen und Anwohnern der Müngersdorfer Straße ein Schreiben des Tiefbauamtes Treptow-Köpenick für Aufregung. Darin wird über den geplanten Ausbau der Straße informiert sowie über ziemlich hohe Beträge, mit denen sie nach dem Strassenausbaubeitragsgesetz zur Kasse gebeten werden sollen.

UF: Dieses Schreiben wurde uns von Anwohnern übergeben und wir haben es mit Verwunderung zur Kenntnis genommen.

Bl.: Wie steht die Linksfraktion dazu?

UF: Zunächst einmal gilt es zu klären, was in der im Tiefbauamt ausliegenden Baubeschreibung mit „Neubau“ gemeint ist. Nach den uns vorliegenden Informationen wur-

den Teile der Müngersdorfer Straße bereits im Jahr 2003 durch das Aufbringen eines neuen Straßenbelages erneuert. Gründe, weshalb aktuell ein neuerlicher Ausbau der Müngersdorfer Straße erforderlich sein sollte, können wir nicht erkennen.

Bl.: Das Tiefbauamt führt die Zunahme des Verkehrsaufkommens als Grund dafür an.

UF: Im Umfeld der Müngersdorfer Straße können wir keine quantitativ bedeutungsvollen Bebauungen erkennen, die Einfluss auf das Verkehrsaufkommen in der als Anliegerstraße eingeordneten Müngersdorfer Straße haben sollten. Wir haben bereits einen Brief an den zuständigen Bezirksstadtrat geschrieben und fragen, auf welcher Grundlage kommt das Bezirksamt zu der Auffassung, dass eine ständige Zunahme des Verkehrsaufkommens in der Müngersdorfer Straße stattfindet bzw. zukünftig stattfinden wird? Auch belastbare Zahlen interessieren uns, die den Bedarf des Ausbaus der Müngersdorfer Straße begründen könnten. Eventuell vorhandene Verkehrszählungen der vergangenen Jahre würden die Prognose nach einer exorbitant ansteigenden Verkehrsbelastung durch voranschreitende Bebauung sicherlich entkräften. Sie würden wohl eher Gegenteiliges belegen und so den geplanten Ausbau verfehlt erscheinen lassen. Auffällig finden wir auch, dass die Straße an zwei Stellen nicht verbreitert wird.

Bl.: Welche Möglichkeiten haben die Anwohnerinnen und Anwohner, sich gegen solch ein Bauvorhaben zu wehren?

UF: Auch nach mehrmaligem Lesen des Briefes erschließt sich auch uns nicht, warum das Bauvorhaben nach den Plänen des Tiefbauamtes durchgeführt werden muss, da einfach keine Alternativen benannt werden.

Bl.: Aber die Anlieger sollen zahlen

UF: Offenbar hat dieses Schreiben nicht nur Eigentümer der anliegenden Grundstücke erreicht, sondern auch die Mieter, die laut Straßenausbaubeitragsgesetz gar nicht Beitragschuldner sind. Hinzu kommt, dass die Beitragspflichtigen sich mit ihren Interessen nicht beteiligen konnten, dem Informations- und Beteiligungsrecht somit nicht nachgekommen wurde. Die aufgeführten Kosten wurden völlig undifferenziert angegeben und sind damit nicht nachvollziehbar. Dem Schreiben fehlt auch eine genaue Aufschlüsselung der Kosten. Ferner wird keine kostengünstige Variante benannt, wozu die Verwaltung durch den Gesetzgeber angehalten ist.

In Anbetracht dessen fällt eine Abgrenzung zwischen den wirtschaftlichen Vorteilen der Anwohner und der Allgemeinheit sehr schwer. Konsequenz zu Ende gedacht heißt das, dass gegen §4 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge (GebG) verstoßen wird und die Beitragsbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger somit scheitern muss. Unsere Fraktion fordert jetzt eine Informationsveranstaltung für alle An- und Hinterlieger, in der all die offenen Fragen geklärt werden müssen.

DIE LINKE will Ökostrom für Treptow-Köpenick

Ökologisch erzeugten Strom für die Gebäude des Bezirksamtes forderte die Linksfraktion in der jüngsten BVV-Sitzung. So dieses erschwinglich sei, müsse der Bezirk den Anbieter wechseln. „Atomstrom ist gefährlich und wie fossile Energieträger endlich. Es handelt sich um Auslaufmodelle,“ so Peter Leiß, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion. Es sei an der Zeit, angesichts von Pannenserien, seit Jahrzehnten ungeklärten Endlagerungsfragen und den Klimawandel verursachenden Treibhausgasen, dass auch der Bezirk Strom aus regenerativen Energiegewinnungsformen, beziehe. Außerdem soll das Bezirksamt die Dächer der Turnhallen, die dafür statisch gut geeignet sind, auf ihre Eignung zur Installation von Solaranlagen prüfen, diese könnten dann an Dritte vermietet werden.

In zwei weiteren Anträgen fordert DIE LINKE mehr Informationen in öffentlichen Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger. Dabei geht es um den Weiterbau der A 100 im Norden des Bezirks. „Eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern sieht die Notwendigkeit der geplanten Baumaßnahme nicht“, so der stellvertretende Fraktionschef Udo Franzke. Auch im Falle des Ausbaus der Müngersdorfer Straße in Bohnsdorf bestehe Informationsbedarf (sh. Interview). Zwischen Johannisthal und Baumschulenweg schlägt die Fraktion einen gemeinsamen Rad- und Fußweg vor. Gerade Seniorinnen und Senioren sei die Benutzung der verkehrsreichen Straße nicht zuzumuten.

Auf Anfrage der Linksfraktion teilte Sozialstadträtin Ines Feierabend mit, dass der öffentliche Beschäftigungssektor im Septem-

ber im Bezirk startet (sh. Seite 3). Der auch für Immobilien zuständige stellvertretende Bezirksbürgermeister Michael Schneider erklärte, dass Restitutionsansprüche für das Grundstück der Seniorenfreizeitstätte in der Wendenschlossstraße geltend gemacht worden seien. Ob es tatsächlich zu einer Rückgabe der Immobilie kommen würde, sei noch nicht endgültig geklärt.

Die Anwesenheit eines Kamerateams gab offenbar der rechtsextremen NPD Auftrieb. Mit überwiegend abscheulichen Begründungen sprach sich die Partei gegen die Umbenennung der Funktion der Ausländerbeauftragten in Integrationsbeauftragten, gegen die Beteiligung des Bezirks am Programm „Vielfalt tut gut“ der Bundesregierung und gegen eine Gedenktafel für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus. Der NPD-Antrag „Gedenken für die Opfer des Terroranschlags in Afghanistan“ wurde mit den Stimmen aller übrigen Parteien als eklige Instrumentalisierung des Todes der Soldaten abgelehnt.

Philipp Wohlfeil

60 Arbeitsplätze ab 1. September

ÖBS-Projekte bringen Jobs für Treptow-Köpenick

Allen Unkenrufen zum Trotz – Er kommt, der Öffentliche Beschäftigungssektor!

Wenn auch etwas anders als geplant, aber er kommt!

Als Linkspartei haben wir uns auf den verschiedenen Ebenen engagiert, dass es einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin geben soll. Das war nicht leicht, da die Bundesregierung nicht bereit ist, die Bündelung aller Hartz IV-Leistungen zuzulassen, um damit sozialversicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeit zu finanzieren.

Unsere Senatorin Heidi Knake-Werner hat dafür mit Arbeitsminister Müntefering gestritten. Wir werden weiter dafür kämpfen. Auf den Weg dahin ist es gelungen, die Möglichkeiten zu nutzen, die vorhanden sind. Und so gibt es seit dem 01.08.2007 den ÖBS-Berlin. Ab 01.08.2007 entstehen landesweit 800 Förderplätze. Diese sind zunächst auf ein halbes Jahr ausgerichtet und sollen dann überführt werden in die neuen Maßnahmen des Bundes, die neu als Beschäftigungszuschuss entstehen und bis maximal 24 Monate ausgerichtet sind.

Diese neue gesetzliche Regelung wird es ab 1.10.2007 geben. Und fast könnte man denken, dass der Bund durch den Druck der Linkspartei in Berlin plötzlich eine öffentlich geförderte Beschäftigung einführt.

Im Jahr 2007 werden das in Berlin 500 Förderplätze sein. Insgesamt wird es also 1300 Förderplätze im Jahr 2007 im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung in Berlin geben. Die Ankündigung unserer Senatorin wird Realität.

Was ist der ÖBS-Berlin und wie wird er in Treptow-Köpenick umgesetzt?

Für Treptow-Köpenick werden zum 01.09.07 60 Fördermaßnahmen in 7 Projekten/Maßnahmen beginnen. Für die Maßnahmen ist ein AN-Brutto in Höhe von 1300 Euro vorgesehen. Der Senat beteiligt sich mit einer erhöhten Förderung, damit das möglich wird. Hauptgeldgeber bleibt der Bund und somit liegt die Letztentscheidung über die Maßnahmen natürlich auch beim Jobcenter. Trotzdem liegen hier die kommunalpolitischen Einflussmöglichkeiten nah. Mit Wissen um BVV-Beschlusslagen in unserem Bezirk u.a. zur Unterstützung der Kulturprojekte im Bezirk und zur Verstetigung der durch QM begonnenen Prozesse in Schöneeweide lagen die Projekte und Maßnahmen, die im öffentlichen Interesse liegen auf der Hand.

Nach einer Verständigung im Bezirksamt zur Ausrichtung der Maßnahmen gab es keine Probleme, hier beim Geschäftsführer des

Jobcenters ein offenes Ohr zu finden und ihm die Projekte/Maßnahmen, die Träger und sogar die Teilnehmer vorzuschlagen.

Die zum 01.09.2007 nun beginnenden Maßnahmen werden folgende Inhalte haben bzw. durch folgenden Träger durchgeführt:

Beschäftigungswerk	
– Arbeit für Berlin e.V.	07 Stellen
<i>für das Begegnungszentrum</i>	
<i>für Menschen mit Behinderung KIZ</i>	
Kunstfabrik:	10 Stellen
Ratz Fatz:	10 Stellen
Albatros e.V.:	08 Stellen
<i>für das Netzwerk für Ältere</i>	
Jahresringe e.V.:	07 Stellen
<i>für die Begegnungsstätte für Seniorinnen und Senioren am Sternamm</i>	
Aufbauwerk Ost	08 Stellen
<i>im Rahmen von Mobilitätshilfsdiensten</i>	
Werkstatt für Bildung und Begegnung in Berlin e.V.:	10 Stellen
<i>für das Kiez-Büro Schöneeweide</i>	

Natürlich wird es Kritiker geben, die sagen werden, wir wollten 2500 Stellen im ÖBS. Wir wollten, dass auch einzelne erwerbslose Menschen sich für eine ÖBS-Stelle bewerben können und nicht ausschließlich Träger Maßnahmen erhalten. Wir wollten eine längere Dauer der Maßnahmen erreichen usw., usw., usw.

Aber: Zu keiner Zeit haben wir als Linkspartei verschwiegen, dass wir, um diese Ziele zu erreichen die Bündelung aller Hartz IV-Leistungen brauchen.

Jetzt haben wir einen Beginn.

Und immerhin: 60 Langzeitarbeitslose Bür-

gerinnen und Bürger von Treptow-Köpenick erhalten durch diese Maßnahmen eine Chance auf eine längerfristige existenzsichernde Arbeit im Maximalfall für 30 Monate also zweieinhalb Jahre.

Die Maßnahmen und Projekte stärken die soziale Infrastruktur unseres Bezirkes. Das ist gut für unseren Bezirk!

Und wie geht es weiter, wenn die neue gesetzliche Regelung des §16a Abs.1 Nr.1 und 3 SGB II zum 1.10.2007 in Kraft tritt und der „Bundes-ÖBS“ kommt?

Noch sind hier nicht alle Weichenstellungen des Bundes klar. Klar ist, das Land Berlin wird sich an einer Finanzierung beteiligen. Das haben Heidi Knake-Werner und Kerstin Liebig erkämpft.

2008 wird es für Treptow-Köpenick dann 230 Förderplätze geben und 2009 weitere 166. Die Quotierung aus dem Landestopf auf die einzelnen Bezirke erfolgte auf Grundlage der erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen, die im Jobcenter Treptow-Köpenick Hartz IV-Leistungen beziehen.

Diese Maßnahmen sollen mit den Arbeitsmarktpartnern vor Ort abgestimmt werden. Ganz klar, ich werde mich dafür einsetzen – wie es im ÖBS-Berlin ja gelungen ist, dass die Maßnahmen kommunalpolitisch gut für den Bezirk sind und die soziale Infrastruktur stärken.

Ich werde mich für ein transparentes Verfahren zur Umsetzung der Maßnahmen einsetzen, denn darauf haben die Arbeitsmarktpartner vor Ort ein Recht. Und vergessen wir nicht, ob ÖBS-Berlin oder Beschäftigungszuschuss des Bundes: es ist eine Chance für 500 Menschen unseres Bezirkes auf eine längerfristige Beschäftigung, die dem Gemeinwohl des Bezirkes dient.

Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit



Eine Studienreise nach Adlershof bot die parteinahe Landesstiftung „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. an, und das Interesse der Berliner war groß. Gab es doch eine sachkundige Führung durch den Wissenschaftsstandort Adlershof und eine anschließende Diskussionsrunde.

Foto: Forster



Gedenktafel zum Hundertsten

Hundert Jahre wäre sie am 9. August geworden: Berta Waterstradt, Schriftstellerin, Jüdin, Kommunistin, Widerstandskämpferin. Jetzt wurde an ihrem langjährigen Wohnsitz in der Altheider Straße 21 in Adlershof eine Gedenktafel enthüllt. Die Anregung dazu kam von der Familie Glugla, die seinerzeit im gleichen Haus gewohnt hatte. Wohnungsgesellschaft,

Bezirksamt und Bürgerverein hatten das Anliegen tatkräftig unterstützt. Zu der feierlichen Enthüllung der Gedenktafel waren auch ehemalige Weggefährten und Freunde erschienen, unter ihnen Lothar Kusche, Rainer Kerndl, Helga Schütz und die 97-jährige Elfriede Brüning.
kfo. ND-Foto: Burkhard Lange

Gegen den Kahlschlag am Späthsfelder Dreieck

Mit dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Grünes Dreieck Spätzfelde – Süd-Ost-Verbindung (BGDS), Klaus Thiem, führte Margarete Gottschling für die Blättchen-Redaktion nachstehendes Gespräch.

Seit 2004 gibt es die BI „Grünes Dreieck Spätzfelde“. Warum wurde sie gegründet? Die „Bürgerinitiative Grünes Dreieck Spätzfelde“ (BGDS) hat sich als eine nicht der Vereinsdisziplin unterliegende BI gegründet, um zu verhindern, dass 7 ha innerstädtisches Grün mit 566 Parzellen von 10 Kleingartenanlagen (KGA) einer Süd-Ost-Verbindung (SOV) und angrenzendem Gewerbegebiet weichen sollen. Die BI vereinigt Kleingärtner genauso wie betroffene Bürger der Radenzer Str. und Eigentümer von Eigenheimen und eigenen Erholungsgrundstücken.

Was wurde bisher erreicht?

Hatten wir zuerst nur die Politiker der „Grünen“ von unserem Anliegen überzeugt, so gelang es uns in den letzten drei Jahren auch Vertreter der Linken.PDS (jetzt Die Linke), der SPD und der CDU mit ins Boot zu holen. Viele Politiker zweifeln die Notwendigkeit dieses Straßenbaus mittlerweile an. So lange aber das Areal entlang der geplanten SOV nicht dauerhaft als Grünfläche festgeschrieben wird, ist die Gefahr unter Beton

verschüttet zu werden, noch lange nicht gebannt. Wir informieren ständig auf unserer Homepage www.bgds.de über den Stand zur Süd-Ost-Verbindung (SOV).

Welcher Beitrag wird für die Umwelt erreicht, wenn die SOV nicht gebaut wird?

Neue Straßen ziehen den Verkehr an. Mehr Kraftfahrzeuge produzieren auch mehr Abgase, gerade dann, wenn die weiteren Anbindungen nicht dem Fahrzeugaufkommen eines vierspurigen Autobahnzubringers gewachsen sind.

Das seit mehr als 100 Jahren bestehende Garten- und Erholungsland soll auch den nächsten Generationen erhalten bleiben. Die gesamte Fläche muss als „Geschütztes innerstädtisches Grün“ im FNP ausgewiesen werden und nicht mehr als „strategische Bauflächenreserve“.

Warum wissen die Betroffenen so wenig über das Gesamtkonzept des geplanten Straßenbaus?

Wenn ein solches Gesamtkonzept existiert, ist in diesem auch ein Gewerbegebiet enthalten, welches zur Refinanzierung der Straße dienen soll.

Nach der Eingabe von mehr als 1800 Petitionen ist der noch gültige FNP mit Änderungen versehen worden, die alle noch nicht

„Bundeswehr raus aus Afghanistan“

Filmveranstaltung mit Diskussion

Gezeigt wird: „Gesteuerte Demokratie“

Diskussion mit: Dr. Norman Paech (MdB)

Dienstag, 11. September 2007, 19.00 Uhr
im „HdJK-Café“ Seelenbinderstraße

Sa. 15. September Demo gegen die Verlängerung der Bundeswehreinräte

12 Uhr Auftaktkundgebung am Roten Rathaus
14.30 Uhr Abschlußkundgebung
Straße des 17. Juni

Bürgersprechstunden

Donnerstag 20. September 17-18.30 Uhr,
im Bürgerzentrum Altglienicke, Ortolofstr.,
Mit Uwe Doering, MdA.

Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28,
12439 Berlin

Tel.: 030-63 22 43 57

Fax: 030-63 22 43 58

nächste Sprechstunde

25. Sept. 14 - 18 Uhr

Anmeldung erbeten



rechtswirksam sind. Das Verfahren ist angehalten worden, und vom Senat werden keine Veröffentlichungen mehr gemacht. Die Vertreter des Senats, wie der BVV, vertrösteten uns und behaupten, frühestens nach 2015 wäre wieder Geld vorhanden, und erst dann kann man sich wieder dem „Grünen Dreieck Spätzfelde“ widmen. Das heißt allerdings nicht, dass nicht schon heute von Senatsseite aus weiter geplant wird.

Welche Unterstützung kommt von den Parteien im Bezirk?

Die in der BVV vertretenen Parteien erklären sich für nicht zuständig, da sowohl für den Bau der Spreebrücke wie auch für die weiteren Bauabschnitte der SOV der Senat zuständig sei. Verbal unterstützen sie den Erhalt der Kleingärten, praktisch nicht. Bis heute gibt es keine die Parteigrenzen übergreifende konzentrierte Aktion zum Erhalt unserer Parzellen.

Was kann man als einzelnes Mitglied der Bürgerinitiative tun?

„Will man sich wehren, muss man sich mehreren!“ Die BI muss wachsen. Eine zweite Untersuchung der Verkehrsströme, eine Verkehrstechnische Untersuchung (VTU) muss mitfinanziert werden. Mehr Mitglieder, mehr Geld (5,-Euro pro Mitglied und Jahr) und mehr Möglichkeiten. Jedes Mitglied der BGDS soll öffentlich gegen den Bau der SOV auftreten und weitere Mitglieder und Verbände mit „ins Boot“ holen.

Fragen: Margarete Gottschling



Null Toleranz für Verfassungsfeinde!

Am 27.8.07 hatte die NPD zu einer Infoveranstaltung in den BVV-Saal im Rathaus Treptow eingeladen. Vor dem Rathaus protestierten Vertreter aller demokratischen Parteien gegen das Auftreten von Voigt und seinen Gefolgsleuten. Das war in diesem Jahr nun schon die vierte Gegenkundgebung bei Veranstaltungen der NPD in unserem Bezirk, die sechste seit die NPD in der BVV vertreten ist. Bringt dieser Protest eigentlich was oder sollte man die NPD-Aktivitäten nicht einfach ignorieren, wie es immer mal wieder zu hören ist?

Beim Aufkommen der NSDAP gab es schon mal die Ansicht, mal solle die doch gewähren lassen, die würden sich von allein erle-

digen und sowieso abwirtschaften. Wo das endete, weiß jeder. Wer also schweigt, wegschaut, verniedlicht, verharmlost und kleinedet macht sich mitschuldig am Wachsen dieser antidemokratischen und verfassungsfeindlichen Partei. Die Wegschauer werden Teil des Problems. Wer jetzt nichts tut, sollte sich nicht wundern, wenn die NPD bei der nächsten Wahl ins Abgeordnetenhaus einzieht. Dann ist das Jammern über das Versagen der Demokratie groß, also tun wir heute was. Wir werden uns nicht an diese Veranstaltungen von Volksverhetzern gewöhnen, genau diese Strategie verfolgen sie ja, aber diesen Gefallen werden wir ihnen nicht tun.
Hans Erxleben

100 000 für ein NPD-Verbot

Neues Ziel bis November anvisiert.

Unterschriften von 100 000 Bundesbürgern hat die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) im Rahmen ihrer Kampagne „NPD-Verbot jetzt!“ gesammelt. In einem Schreiben wenden sich die Unterzeichner an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und fordern die Aufnahme eines neuen Verfahrens zum Verbot der NPD. Das Ziel ursprünglich für den 9. November 2007 anvisiert konnte auf Grund der großen Resonanz und breiten Unterstützung bereits nach sechs Monaten erreicht werden. Ein weiterer positiver Aspekt: Es ist gelungen, alle Kräfte im Land zusammenzuführen und zu bündeln, die für ein neues Verbotsverfahren eintreten. Beteiligt haben sich neben

den VVN-BdA-Kreisvereinigungen u.a. Mitglieder aller Parteien, der DGB, die Gewerkschaft Nahrung, Gaststätten und Genuss (NGG), ver.di, IG Metall sowie die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW), Mitglieder aus katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, Ausländerbeiräte und Initiativen gegen Rechts, Jugendorganisationen wie die Falken, solid und die SDAJ sowie zahlreiche Einzelpersonen. Bis zum 9. November sollen nun 150 000 Unterschriften gesammelt werden. Mit einem bundesweiten Aktionstag am 1. September unter dem Motto "100 mal nonpd" wurde die letzte Kampagnenrunde eingeleitet. An 100 Orten wurden Unterschriftensammlungen und Veranstaltungen durchgeführt,

Interkulturelles Fest

Das nunmehr dritte interkulturelle Fest für Demokratie wird am 29.9.07 von 14.00 bis 18.00 Uhr am Bahnhof Schöneweide stattfinden. Das vom Bündnis für Demokratie und Toleranz veranstaltete Fest steht unter der Schirmherrschaft der Bezirksbürgermeister Gabriele Schöttler und wird auch von dieser eröffnet.

Das vielfältige Programm auf der Bühne auf dem Bahnhofsvorplatz beginnt mit einem Auftritt des bekannten Swing Dance Orchesters unter der Leitung von Andrej Hermlin. In den Pausen zwischen den Beiträgen von Rap-, Tanz-, Theater- und Rockgruppen wird es Interviews mit Akteuren gegen Rechts-Extremismus aus unserem Bezirk geben. Angebote für Kinder und Jugendliche, Infostände von Bürgervereinen und Bündnissen runden das Programm ab.

NONPD NPD-Verbot jetzt!
150 000 Unterschriften bis 9. November
Wir machen mit!

Sonntag, 9. September von 13 - 18 Uhr
Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung auf dem Marx-Engels-Forum

Sonnabend, 29. September von 14 - 18 Uhr
Info-Stand der VVN-BdA Köpenick e.V. beim Fest d. Demokratie am Bahnhof Schöneweide

Bitte, ruft an, wann Ihr an den Info-Ständen mitmachen möchtet:

- Do. 15 - 17 Uhr Gedenkstätte Tel. 657 14 67
- sonst: 651 63 67 oder 65 47 53 69
oder 656 26 76
- oder E-Mail: hannawi@t-online.de
VVN-BdA Köpenick e.V.

so in Berlin unter anderem am Soli-Basar am Alexanderplatz. Zu einer zentralen Drehscheibe für die Kampagnen-Aktivitäten hat sich die Homepage www.npd-verbot-jetzt.de entwickelt. Sie weist nicht nur den aktuellen Stand der Unterschriftenaktion aus, sie kann auch für Unterschriften, Materialbestellungen oder interessante Hintergrundinformationen genutzt werden.

Seit kurzem ist auf ihr der Brief an die Bundestagsabgeordneten in acht Sprachen (englisch, französisch, spanisch, italienisch, türkisch, russisch, griechisch und polnisch) herunterladbar.

Zu den zahlreichen prominenten Unterzeichnern sind weitere hinzugekommen, u.a. IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters, der Schauspieler und Autor Ilja Richter, der Schauspieler Erwin Geschonneck, der Schriftsteller Günter Görlich und der Maler Walter Womacka.

Mietspiegel signalisiert weitere Mietsteigerungen

Die Veröffentlichung des Mietspiegels hat so Manchem die Urlaubsfreude gründlich verhägelt. Dies wurde auch auf dem Basistreffen der Linken in Treptow-Köpenick überdeutlich. Da hilft überhaupt kein Vergleich mit Hamburg oder München, wo sich die Wohnsituation noch teurer darstellen soll. Auch die Bezeichnung „moderate Erhöhung“ kann einen auf die Palme bringen. Die Summe der moderaten Erhöhungen von Milch über Strom bis hin zu den Mieten bei gleichzeitigen minimalsten Erhöhungen bei Renten, ALG II (2 Euro!) und sonstigem Einkommen machen die unsoziale Entwicklung aus.

Für die Partei DIE LINKE gilt es zunächst einmal selbstkritisch festzustellen, wie auf der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands geschehen, dass wir der Entwicklung des diesjährigen Mietspiegels nicht die größte Aufmerksamkeit gewidmet haben. Dabei signalisiert die Bestandsaufnahme, dass die Mieten in nahezu allen Wohnungssegmenten teilweise erheblich gestiegen sind, insbesondere bei den großen Altbauwohnungen mit hohem Komfort in guter Lage (das mag vielleicht noch angehen), aber auch bei den kleinen und bisher billigen Wohnungen, wo die Nachfrage – auch infolge von Hartz IV - erheblich über dem Angebot liegt. Dazu kommt noch, dass die Spannen zwischen Höchst- und Niedrigstmieten erneut ausgeweitet worden sind und sich damit auch die Spannen für Mieterhöhungen besonders in den nachgefragten Bereichen sich erweitern. Das war der erkennbare Grund des Aussteigens der Mieterverbände aus der Erörterung des neuen Mietspiegels.

„Lennon ist tot“

Alexander Osang liest aus seinem neuesten Roman in der Friedrich-Wolf-Bibliothek in Johannisthal

Der Wendevater schickte seinen Sohn zwar zum Studieren nach New York. Vor allem aber soll das Kind stellvertretend jene Erfahrungen nachholen, die die DDR-Verhältnisse dem Vater verwehrten. Erfahrungen, die er nur kennt aus den Liedern von Bob Dylan, Janis Joplin und John Lennon. Robert wehrt sich gegen den Geschmack des Vaters, lehnt sich auf, wie es sich für eine ordentliche Ablösung gehört. Aber – und das macht den Reiz des Romans aus: Das Geschehen in Amerika und einige mysteriöse Erlebnisse

Drei Fragen hat der geschäftsführende Landesvorstand als dringlich zu lösen in Angriff genommen:

1. Wie kann unser Verhältnis zu den Mieterverbänden schnellstmöglich verbessert werden? Wir müssen konstatieren, dass die Verbände auch ihrerseits nicht das Gespräch gesucht haben, um Möglichkeiten zu erkunden, noch modifizierend in den Mietpreisspiegel einzugreifen. Wir sind also offenkundig keine natürlichen Bündnispartner mehr. Hier müssen Ansprechpunkte gesucht werden.

2. Der Mietpreisspiegel signalisiert erneute Preissteigerungen. Wir kennen die Faktoren nicht oder nur ungenügend, die in den einzelnen Wohnsegmenten zu diesen Preissteigerungen führen. Hier ist dringend eine Analyse zu erstellen, ohne die, einschließlich der Erörterung der Interventionsmöglichkeiten, auch der zukünftige Mietspiegel nur wieder zur Kenntnis genommen werden kann.

3. Abstrakt ist es richtig dass die Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften ein Interventionspotential zur Verhinderung von Mietsteigerungen darstellen (und in einem Wohnungssegment stimmt das ja auch). Aber die Waffe wird stumpf, wenn die Gesellschaften und Genossenschaften über keinen nennenswerten Wohnungsbestand in den nachgefragten Wohnbereichen verfügen. Und sie ist völlig gummihammermäßig wenn sich die Wohnungsbaugesellschaften á la Sarrazin marktkonform verhalten. Es bedarf also nicht nur des Haltens

werden für den Sohn – allen Widerständen zum Trotz – doch zu einer Initiation in die erträumte Welt des Vaters.

Termin: 20.09.2007, um 19:30 Uhr
Ort: Friedrich-Wolf-Bibliothek
Winkelmannstr. 56, 12487 Berlin
Entgelt: 3,00 Euro
ermäßigt 2,00 Euro
Information unter: 631 66 28
Verkehrsbindung: S-Bahn Schöneweide,
Tram 63, Bus 160, M11

Bei der Friedrich-Wolf-Bibliothek in Johannisthal (Foto rechts) ist schon von Außen gut zu erkennen, was einen drin erwartet.
Foto: Karge

öffentlicher Wohnungsbestände, sondern auch einer Strategie der flexiblen Intervention im Wohnungsmarkt. Hier ist ein strategischer Schwerpunkt zu bilden. Dieses Feld sollten wir nicht Frau Junge-Reiher überlassen, sonst verkümmert unsere soziale Stadt in punktuelle Hilfsmassnahmen.

Der neue Bezirksvorstand, der im September gewählt wird, muß unverzüglich die Gesprächsfäden sowohl zu den Mieterverbänden als auch zu den Wohnungsgesellschaften knüpfen beziehungsweise wieder zu knüpfen, damit neben der Beratung von Betroffenen eine bezirkliche Wohnungspolitik fortgeschrieben wird, die die soziale Gestaltung des Wohnens nicht aus den Augen verliert.

Heinrich Zille formulierte sein „Milljöh“ einmal so: „Man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen wie mit einer Axt“. Das soll Vergangenheit bleiben.

Ernst Welters

Der neue Berliner Mietspiegel 2007 – erneute Möglichkeit für Grundmieterhöhungen?

Was hat sich geändert, wie können sich Mieter wehren?

Darüber wollen wir informieren, Ihre Fragen beantworten und darauf hinweisen, wie sich Mieterinnen und Mieter vor ungerechtfertigten Mieterhöhungen schützen können.

Dazu lädt die AG Mieten/Wohnen der LINKEN Treptow-Köpenick ein.

Mittwoch, 19. September, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle der LINKEN Treptow-Köpenick, Allendeweg 1





Nach einer Nacht am Computer sehen alle (Justin 2. v.r.) noch ziemlich frisch aus. Foto: Pett

Wenn der Computer streikt – Jugendliche würden helfen

Im Vereinsheim der Kleingartenanlage Späthswalde haben sie den großen Saal okkupiert. Mit neun Computern. Sie wollen von Freitagabend bis Sonntagfrüh durchspielen. Da wird Justin 19 Jahre alt. Einige leben wie er in Johannisthal. Mit Florian, Niklas, Jörn, Patrick, Robert und anderen chattet er regelmäßig im Internet. Vernetzungen wie die zu seinem Geburtstag sind Höhepunkte der Freizeitgestaltung der jungen Computerfreaks. Das Wochenende wird durchgespielt, und besonders nachts macht es Spaß, weil dann niemand stört. Wer müde ist, nimmt seinen Schlafsack und legt sich ein paar Stündchen hin, Platz ist noch im Vereinssaal. Verpflegung haben alle mitgebracht. Im Vorraum steht ein Kühlschrank und auf einem Tisch sind Schrippen und Getränke aufgebaut.

Die Neun an diesem Sonabend im Juli sind zwischen 17 und 20 Jahre alt. Einige haben eine Lehrstelle, einige sind Hartz IV-Empfänger, erzählt Justin Hoffmann. Er selbst hat die Realschule beendet und jobt jetzt Teilzeit bei McDonalds.

Was das für Spiele sind, die sie so faszinieren, dass sie tagelang im etwas düsteren Vereinslokal hocken, möchte ich wissen. Killerspiele? Ja, sagt Justin, die Erwachsenen nennen das so. Eigentlich sei dies ein Ausdruck, den die Politiker erfunden haben, ergängt er. Er beschreibt sie als Mannschaftsspiele wie zum Beispiel Fußball. Es mache Spaß, gerade weil die Fetzen fliegen. Dass da jemand aufstehen könnte, um Amok zu laufen und andere umzubringen, das sei nicht normal, das sind große Ausnahmen. Das muss noch andere Gründe haben. Und

bei den neun jungen Computerfans, die ich an diesem Tag kennengelernt habe, kann ich mir dies auch absolut nicht vorstellen. Allein, wie sie sich an diesem regnerischen Sonabend für ein Gruppenbild vor das Vereinslokal gestellt haben, zeigt doch, dass sie aufgeschlossene freundliche Jungen sind.

Überrascht war ich dennoch, als ich erfuhr, dass sie älteren Leuten mit Computerproblemen helfen wollten. Die Idee entstand eigentlich, als Justin mit seiner Mutter über die so genannten Killerspiele diskutierte. Justin versicherte mir bei meinem Besuch, dass die anwesenden Freunde bereit seien, seine Idee zu unterstützen, was durch Zustimmung bestätigt wurde. Obgleich, so schätze ich ein, kaum einer von ihnen viel über die Linkspartei weiß und auch das „blättchen“ nicht kennt, wollen sie sich mit ihrem Hobby nützlich machen. Der Versuch soll im September starten.

Anlaufstelle soll eine einzige Telefonnummer sein: 63 62 574 (möglichst Dienstag, Mittwoch, Donnerstag in den Abendstunden, ansonsten ist der Anrufbeantworter betriebsbereit).

Kleinere Probleme und Fragen könnten telefonisch bereits geklärt werden, denken sie. Einen Besuch zu Hause bei den Hilfesuchenden würden sie machen, wenn der Computer komplett streikt. Sie könnten sich auch um Ersatzteile kümmern oder weitere Schritte vor Ort besprechen.

Was sie als Entlohnung verlangen? Keine, sagt Justin. Nur die Auslagen für Transport oder die Reparaturen oder für längere Telefonate. Da der Bezirk Treptow-Köpenick aber sehr groß ist, wollen sie erst einmal Menschen in den näher gelegenen Ortsteilen helfen. Das wäre etwa auf dem Gebiet Treptows von Bohnsdorf bis Alt-Treptow. Zumindest eine gute Idee, die einen Versuch wert ist.

Helga Pett

Katharina Weise zu Gast in Niederschöneweide

Am 4. Juli war Katharina Weise zu Gast bei Genossinnen und Genossen in Niederschöneweide. In kleiner aber sehr aufmerksamer Runde machte sie uns mit vielen Aktivitäten der bezirklichen Linksfraktion in der BVV bekannt, benannte Erfolge, sprach zukünftige Aufgaben der nicht gerade leichtesten Art, wie eben den Finanzhaushalt, an und schildert sehr anschaulich die Zusammenarbeit aber auch die gelegentlichen Ränkespiele der demokratischen Fraktionen im Bezirksparlament. Gut zu wissen, dass man sich zumindest gegenüber der NPD einig

ist, in der Abwehr ihrer nur allzu durchsichtigen demagogischen Auftritte. Wir bestärkten sie in ihrem Vorsatz, sich u.a. auch dafür einzusetzen, dass die Bibliothek im RazFaz vor allem auch für unsere älteren Leseratten unseres Kiez erhalten bleibt. Katharina hinterließ in ihren fachlich und in einfache Worte gefassten Darlegungen und mit ihrer jugendlich frischen Art, bei uns Älteren den überzeugten Eindruck, dass sie die richtige Person am richtigen Ort ist. Auch ihre Situations- und Problemschilderungen vom Gründungsparteitag der Ber-

liner Linken war nachhaltig informativ. Wir gaben ihr mit auf den Weg: Betreibt als Linksfraktion in der BVV eine gläserne und soziale Politik, macht Erfolge sichtbar, die mit eurer Initiative und Kraft zustande kamen, und benennt das, was einfach nicht oder noch nicht machbar ist oder welche der Parteien gegensteuern. Auch mit dem Hinweis, dies ebenso dem Landesvorstand und der LINKSfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für deren Arbeit wissen zu lassen. Ein gelungenes Gespräch unter Genossinnen und Genossen, für alle Beteiligte ganz bestimmt von Nutzen.

Helmut Holfert,
namens der BO 06/07 und 06/21
in Niederschöneweide

Wir gratulieren

im Juli nachträglich zum Geburtstag

105. Valeria Wendelin

im August nachträglich zum Geburtstag

95. Theodor Schwarzer

94. Gertrud Busse

92. Susanne Auer

90. Max Piesnack

85. Rita Keller, Nora Leo, Rudi Stern,
Gerhard Thies

80. Ingrid Papendick, Ilse Rubinstein,
Ruth Scheibe, Barbara Zahn,
Beate Zimmering, Harri Münzhardt,
Hans-Joachim Preußler,

75. Annelore Baruschke, Ingeborg
Discher, Eveline Frühauf, Gerhard
Kahlenbach, Magdalena Mitdank,
Ilse Opitz, Edith Schnabel

70. Linda Habermann, Doris Hein,
Christa Krüger, Gertraude Staub,
Klaus Gäbler, Jürgen Vorsatz

im September zum Geburtstag

95. Gerda Fischer

94. Hildegard Detzer

93. Erika Garbe, Ellinor Stiele,
Hans Schwarz

92. Gerhard Kolander

91. Otto Reiß

90. Rolf Brandt

85. Magda Riedel, Ursula Rättsch,
Charlotte Ziegler, Hans Eichhorn

80. Elfriede Hadyk, Ursula Kienitz,
Charlotte Muhs, Elfriede Otto,
Elfriede Thies

75. Ursula Breitmoser, Marianne Jung,
Irmgard Scholz, Hubert Fetzer,
Wolfgang Kopatz, Klaus Laschet,
Dieter Reiher, Helmut Reinhold,
Heinz Salewski

70. Renate Dam, Dorit Wegener,
Wolfgang Schade



KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Telefon (030) 6432 9776

Fax (030) 6432 9792

E-Mail: pds-koepenick@t-online.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr,

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr,

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr,

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr.

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Telefon (030) 532 89 22

Fax (030) 6310 4241

Öffnungszeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr,

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon/Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 6172 4161

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeden

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr,

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr.

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Telefon (030) 63224357

Fax (030) 63224358

Sprechzeiten

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

TERMINE SEPTEMBER / OKTOBER

Einladung zur Hauptversammlung DIE LINKE Treptow-Köpenick

8. September 2007, 10.00 Uhr Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4 (Mit Imbissversorgung)

Tagesordnung:

- Bericht des BV
- Wahl der Mitglieder für den Landesausschuss
- Wahl des Bezirksvorstandes
- Wahl einer Bezirksrevisionskommission

7.9. 10:00 AG Politische Bildung, Allendeweg 1

10.9. 15:00 Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV Treptow-Köpenick DIE LINKE in der Geschäftsstelle Brückenstr. 28 statt. Thema: Beratung eines Antrages an die Fraktionen DIE LINKE in der BVV und im Abgeordnetenhaus von Berlin zur weiteren Ausgestaltung der politischen und verwaltungsrechtlichen Transparenz des Seniorenmitwirkungsgesetzes in Berlin. Gäste aus Vereinen und Verbänden sind herzlich willkommen

10.9. 16:00 Waldfriedhof Adlershof

Veranstaltung des Adlershofer Bürgervereins zum Gedenken an den Schriftstellers Boris Djacenko anlässlich des 90.Geburtstag, der 1975 in Adlershof starb. Sein Grab wurde zum 30.Todestag durch den Adlershofer Bürgerverein neu hergerichtet. Dort soll des zu unrecht vergessenen Dichters gedacht werden.
Grüßworte spricht Dr. Hans Erxleben.

16.9. 10:00 Die neue LINKE – Hoffnungen, Erwartungen und Perspektiven. Polit. Frühschoppen mit Wolfgang Gehrke, MdB, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60 D

27.9. 18:00 „Gemeinsam für eine andere Politik“ Diskussionsveranstaltung zu den programmatischen Eckpunkten der LINKEN mit Prof. Dieter Klein, Leiter der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Speisesaal der Schule Schmöckwitz

29.9. 14:00 bis 18:00 3.Fest für Demokratie am Bahnhof Schöneweide. Mit dabei Andrej Hermlin und seine Swing-Dance-Gruppe, Circus Cabuwazi u.a. Eine Veranstaltung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

06.10. 10:30 Frühschoppen mit Armin Stolper zu seinem Buch: „Meine geliebte stolze Republik“, Gaststätte „Zur Tankstelle“

Termine für den blättchen-Kalender

bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder per Email an: petra.reichardt@pds-berlin.de

Das Blättchen im Internet: www.dielinke-treptow-koepenick.de

29. Skatturnier

um den Wanderpokal der BVV-Fraktion DIE LINKE Treptow-Köpenick

am 23. September 2007 um 10.00 Uhr im „Hofcafe zur Post“

Schillerpromenade/Griechische Allee

Verbindliche Anmeldung bis 20.09.07 unter Tel: 537 80 499 oder im „Hofcafe zur Post“

Einsatz: 10,- Euro (inklusive Mittagessen)

Seniorenforum

Die Bezirksbürgermeisterin, die Seniorenvertretung und das BA Treptow-Köpenick laden alle Seniorinnen und Senioren zu einem öffentlichen Seniorenforum ein, am Dienstag, 18. September 2007 um 14.30 Uhr im Rathaussaal Treptow,

IMPRESSUM

Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Herausgeber: Bezirksvorstand und BVV-Fraktion der

Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick

V.i.S.d.P.: Karl Forster

Email: redaktion@linkspartei-treptow-koepenick.de

Postanschrift: DIE LINKE. Treptow-Köpenick,

blättchen-Redaktion, Brückenstr. 28, 12439 Berlin.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht

unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen

von Zuschriften vor. Eine Parallelität zwischen gram-

matischem und natürlichem Geschlecht (Genus und

Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung

-innen werden deshalb nur verwendet, wenn aus-

schließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen,

Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!

Satz: ansichtssache - Büro für Gestaltung

Redaktionsschluß: 28. August 2007

Ausgabebetrag „blättchen“ 132: 4. Oktober 2007

Termine und Texte für „blättchen 132“ bitte bis zum

20. September 2007 an die Redaktion einsenden.